



MARKTWIRTSCHAFT IN GEFAHR? UMWELTDEBATTE MIT SCHIEFLAGE

von Dr. Jörn Quitzau

Die hitzige Umweltdebatte hat einen wahren Kern: Eine unregulierte Marktwirtschaft bildet den Wert der Umwelt falsch ab. Unternehmen und Verbraucher müssen nicht dafür zahlen, wenn sie bei der Produktion oder beim Konsum die Umwelt schädigen. Dies ist verhängnisvoll, denn eine Marktwirtschaft wird von Preissignalen gesteuert. Steigt der Preis eines Gutes, erhalten Unternehmen und Verbraucher durch den Preisanstieg den Hinweis, sparsam mit dem knappen Gut umzugehen und nach Alternativen zu suchen. Diese wichtige marktwirtschaftliche Rückmeldung fehlt aber, wenn die Umwelt kostenlos genutzt werden kann. Mit anderen Worten: Der Markt versagt.

Eine Ausnahme bilden die sogenannten Bodenschätze. Sie haben einen Preis, weil es jemanden gibt, der ein Eigentumsrecht an dem jeweiligen Rohstoff hält. Der Eigentümer kann jedem die Nutzung verwehren, der nicht bereit ist, diesen Preis zu zahlen. Je höher die Nachfrage, desto höher der Preis. Und je höher der Preis, desto stärker das Signal, dass es sich um ein wertvolles Gut handelt, mit dem sorgsam umzugehen ist. Bei vielen anderen Umweltgütern sind hingegen keine Eigentumsrechte definiert und deshalb kann niemand von der Nutzung dieses öffentlichen Gutes ausgeschlossen werden. So müssen die Wirtschaftsakteure in einer unregulierten Marktwirtschaft für Abgasemissionen nichts zahlen. Da sie die Folgen ihrer Emissionen nicht im Geldbeutel spüren, lassen sie die ökologischen Folgen ihrer Produktions- und Konsumentscheidungen weitgehend außer Acht. Es kommt zu einer Überbeanspruchung der Umwelt. Die Folge dieses Marktversagens sind übermäßige Umweltschäden. Soweit die Theorie.

Mit Steuern und Zertifikaten gegen Marktversagen

Wenn Umweltschützer und -aktivisten auf diesen Sachverhalt hinweisen, liegen sie also prinzipiell richtig. Eine rationale und differenzierte Diskussion darüber, wie die Umwelt durch angemessene Preise besser geschützt werden kann, ist berechtigt. Fakt ist aber: Die oben skizzierten ökonomischen Zusammenhänge wurden nicht erst von der aktuellen

Aktivisten-Generation entdeckt. Die Erkenntnis, dass die Umwelt in einer unregulierten Marktwirtschaft keinen Preis hat und deshalb durch die Wirtschaftsakteure zu stark beansprucht wird, ist uralte. Die Ökonomen Arthur Cecil Pigou und Ronald Coase haben mit ihren theoretischen Arbeiten in den Jahren 1920 und 1960 die Grundlage für Umweltsteuern und den Handel mit Emissionszertifikaten gelegt.

Das Versagen des Marktes im Umweltbereich ist in den Wirtschaftswissenschaften also hinlänglich bekannt und es werden in der Praxis bereits Instrumente eingesetzt, mit denen das Marktversagen geheilt oder eingedämmt werden kann. Folglich besteht keinerlei Grund, die Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Ordnungsprinzip grundsätzlich anzuzweifeln oder gar abzulehnen. Wenn die Umweltschäden trotz des Einsatzes von Ökosteuern und Emissionszertifikaten noch immer als zu hoch angesehen werden, ist deren Wirksamkeit nach dem Prinzip von „Versuch und Irrtum“ nach zu justieren. So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in einem kürzlich veröffentlichten Sondergutachten vorgeschlagen, den Emissionshandel auf die Sektoren Verkehr und Gebäude auszuweiten. Zudem fordert der Sachverständigenrat das Vorgehen global zu koordinieren, weil der Klimawandel ein globales Phänomen ist und Treibhausgase nicht an nationalen oder kontinentalen Grenzen haltmachen.

Systemkritik ist fehl am Platz

Leider schießen einige Umweltaktivisten inzwischen aber weit über das Ziel hinaus und führen die gesellschaftliche Diskussion damit in eine falsche Richtung. Ihnen geht es offenbar nicht mehr nur darum, erkennbare Fehler im marktwirtschaftlichen System zu korrigieren. Das System selbst ist ihnen suspekt. Die profitorientierte Marktwirtschaft – manche sagen auch Kapitalismus – gehöre abgeschafft, so schallt es inzwischen durch die Straßen und Talkshows. Diese Systemkritik ist gleichwohl gefährlich.

Der Vorwurf aus der Umweltbewegung, es geschehe nichts zum Schutz der Umwelt, ist mit Blick auf die vielen Politikmaßnahmen weit überzogen. Und die Idee, mehr Umweltschutz durch ein anderes Wirtschaftssystem zu erreichen, ist zum Scheitern verurteilt. Grundsätzlich ist die Umweltbelastung das Produkt aus a) Wohlstandsniveau, b) Produktionstechnologie und c) Größe der Weltbevölkerung. Wer die Marktwirtschaft über Bord werfen möchte, um die Umwelt zu retten, wird beim ersten Faktor schnelle Erfolge erzielen: Der Wohlstand würde ohne Marktwirtschaft ganz sicher sinken. Dagegen wird es bei den beiden anderen Faktoren nur mit der Marktwirtschaft Entlastung geben. In einer Gesellschaft, die an Umweltschutz interessiert ist, zwingt der Wettbewerbsdruck die Unternehmen zu umweltschonenderen Produktionsverfahren. Außerdem gibt es in fast allen marktwirtschaftlich organisierten Ländern mit funktionierender Altersvorsorge kein nennenswertes Bevölkerungswachstum, denn in diesen Ländern hängt die Alterssicherung nicht primär davon ab, ob man viele Kinder hat. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern sieht es anders aus: Laut UN-Bevölkerungsprognose wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren vor allem in Afrika stark wachsen. Zwischen 2020 und 2030 soll die Bevölkerung dort um rund 350 Millionen Menschen steigen. Wenn höherer Wohlstand und Finanzmärkte, mit denen man für das Alter vorsorgen kann, dazu beitragen, den globalen Bevölkerungszuwachs zu bremsen, hat dies auch positive Effekte auf die Umwelt.

Debatte läuft der gesellschaftlichen Realität hinterher

Die aufkeimende Debatte über unser profitorientiertes Wirtschaftssystem, das angeblich blind ist für die wichtigen Dinge des Lebens wie Umweltschutz und Lebensqualität, geht in weiten Teilen ohnehin an der Realität vorbei. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben sich bereits deutlich verändert. Natürlich ist für die Wirtschaftspolitik immer noch das Bruttoinlandsprodukt die zentrale Orientierungsgröße, denn alle Einnahmen und Ausgaben des Staates knüpfen an der tatsächlichen Wirtschaftskraft eines Landes an – und nicht an Wohlfühlfaktoren. Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen, mit denen versucht wird, das Wohlergehen der Bürger abseits der harten wirtschaftlichen Kennzahlen zu erfassen und zu verbessern. Der „Better Life Index“ der OECD sowie die 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“) sind nur zwei Beispiele.

In Unternehmen gerät die kurzfristige (und kurzsichtige) Gewinnmaximierung auf Kosten der Mitarbeiter zunehmend ins Hintertreffen. Vielmehr setzen Unternehmen immer öfter darauf, dass zufriedene Mitarbeiter den langfristigen Unternehmenserfolg erhöhen. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind keine Seltenheit mehr. Dies sind nicht gerade Indizien für einen kalten Kapitalismus, der allein die rigorose Profitmaximierung zum Ziel hat. Dazu passt die Neuausrichtung an den Finanzmärkten. Wo früher „Shareholder Value“ stand, steht heute „Corporate Social Responsibility“. Auch bei der Geldanlage zeigt sich der Wandel sehr deutlich. Investmentstrategien, bei denen neben die klassischen Anlageziele auch die Aspekte Umwelt, Soziales und Unternehmensführung treten, haben Hochkonjunktur. Das Volumen nachhaltig ausgerichteter Investmentfonds und Mandate hat sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als verzehnfacht. Der Finanzmarkt liefert also gleichzeitig Lösungen für mehr Wohlstand und für eine lebenswerte Welt.

Wenn einige Aktivisten all diese Entwicklungen ignorieren, ist es kein Wunder, dass sie ein völlig veraltetes Verständnis von der Marktwirtschaft haben. Ideologie tritt an die Stelle von Analyse. Natürlich ist die Welt auch in marktwirtschaftlich organisierten Ländern nicht perfekt. Verglichen mit dem Paradies mag die heutige Welt reichlich unzulänglich sein. Die Stärke der dezentral organisierten Marktwirtschaft ist aber, dass die Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik diese Unzulänglichkeiten erkennen und daran arbeiten, sie sukzessive zu überwinden. Die Marktwirtschaft ist somit keine perfekte, aber die beste verfügbare Wirtschaftsordnung. Es wäre deshalb an der Zeit, die anti-marktwirtschaftlichen Kampagnen zu beenden und die Diskussion zu versachlichen. Oder haben wir schon vergessen, dass der Sozialismus in der Praxis viel dreckiger war – und das bei deutlich weniger Wohlstand?



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

IMPRESSUM

Makro-Team

Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

Hamburg

Dr. Jörn Quitzau
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

London

Dr. Florian Hense
+44 20 3207 -7859 | florian.hense@berenberg.com

Kallum Pickering

+44 20 3465 -2672 | kallum.pickering@berenberg.com

New York

Dr. Mickey Levy
+1 646 949 -9099 | mickey.levy@berenberg.com

Roiana Reid

+1 646 949 -9098 | roiana.reid@berenberg.com

Themenseite Volkswirtschaft

<https://www.berenberg.de/volkswirtschaft/>

Berenberg Makro erscheint zu folgenden Themen:

Aktuelles
Geldpolitik
Konjunktur
Schwellenländer
► Trends
Währungen

www.berenberg.de/publikationen

Wichtige Hinweise: Dieses Dokument stellt keine Finanzanalyse im Sinne des § 34b WpHG, keine Anlageberatung, Anlageempfehlung oder Aufforderung zum Kauf von Finanzinstrumenten dar. Es ersetzt keine rechtliche, steuerliche und finanzielle Beratung. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren auf allgemein zugänglichen Quellen und berücksichtigen den Stand bis zum Tag vor der Veröffentlichung. Nachträglich eintretende Änderungen können nicht berücksichtigt werden.

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
www.berenberg.de
info@berenberg.de